

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.1 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Sekundarschule Halle-Süd
Vorlage: VI/2015/01291**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss
und
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, zeitnah eine Konzeption, einschließlich Brandschutz, zur Einbeziehung der Räume der ehemaligen Hausmeisterwohnung an der Sekundarschule Halle-Süd, zu erstellen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.2 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Veröffentlichung von
beabsichtigten mobilen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet
Vorlage: VI/2015/01294**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Ordnung und Umweltangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, wöchentlich über beabsichtigte mobile Mess-
Standorte für Geschwindigkeitskontrollen zu informieren.

Im Rahmen der Information soll auch auf Verkehrshemmnisse im Stadtgebiet hingewiesen
werden.

Beispielhaft: Baustellen
Umleitungen
Einschränkungen durch Veranstaltungen
Ereignisse wie z.B. Ende/Anfang der Schulzeit

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.3 Antrag der CDU/FDP-Fraktion zur Optimierung von
Zahlungsvorgängen und der damit verbunden Verbesserung des
Bürgerservices
Vorlage: VI/2015/01295**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, folgende Möglichkeiten zur Optimierung von Zahlungsvorgängen in der Abteilung Bürgerservice des Fachbereichs Einwohnerwesen und im Fachbereich Soziales zu prüfen und noch im Jahr 2015 im Ausschuss für Finanzen, städtisches Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften zu berichten:

- 1) Einsatz von Kassenautomaten
- 2) Bereitstellung von ganzheitlichen elektronischen Bezahlmöglichkeiten

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.5 Antrag des Stadtrates Ulrich Peinhardt (CDU/FDP-Fraktion) zur Unterstützung freier digitaler Netzwerke in Halle
Vorlage: VI/2015/01305**

Abstimmungsergebnis: erledigt

Beschlussvorschlag:

Dem Stadtrat Magdeburg liegt ein Antrag* zur Bereitstellung von Standorten (z.B. an oder auf öffentlichen Gebäuden) zur fachgerechten Installation von WLAN-Routern (Hot Spots) durch die Internet-Aktivistinnen von Freifunk Magdeburg vor.

Die Stadtverwaltung Halle wird beauftragt zu prüfen, ob ein ähnliches Vorgehen auch in Halle möglich ist und aufzuzeigen, wie die Bereitstellung erfolgen kann.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.6 Antrag der Stadträte Hendrik Lange, Melanie Ranft, Kay Senius und Denis Häder zur Verabschiedung einer Resolution
Vorlage: VI/2015/01219**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Der Bildungsausschuss schlägt dem Stadtrat vor, folgende Resolution zu verabschieden:

Resolution des Stadtrates zur Entwicklung der Unterrichtsversorgung in der Stadt Halle (Saale)

Der Stadtrat nimmt mit großer Sorge die Beschwerden von Eltern und SchülerInnen über den Unterrichtsausfall an ihren Schulen zur Kenntnis. Fehlende FachlehrerInnen, zu wenige Lehrerstellen und unbesetzte Stellen gefährden den Schulunterricht in hoher Qualität. Zudem reduzieren sogenannte bedarfsmindernde Maßnahmen das Niveau der schulischen Ausbildung.

Durch das Ausscheiden einer großen Anzahl von LehrerInnen in den nächsten Jahren wird sich dieser Trend unweigerlich verschärfen.

Gerade in einer Stadt wie Halle (Saale), in der über 30% der Kinder von Transferleistungen leben, ist eine ausgezeichnete Schulbildung notwendig, damit allen Kindern die bestmöglichen Chancen für ihre Entwicklung eröffnet werden. Zudem stellen sich unsere Schulen den Herausforderungen von Inklusion und Integration von MigrantInnen. Der Stadtrat unterstützt das ausdrücklich!

Allerdings ist seitens des Landes eine adäquate Unterrichtsversorgung mit dem entsprechend qualifizierten Lehrpersonal nötig!

Der Stadtrat fordert daher die Landesregierung mit dieser Resolution auf:

1. Die Unterrichtsversorgung an allen Schulen so sicherzustellen, dass der Unterricht vollumfänglich stattfinden kann.

2. Die zusätzlichen Lehrpersonalbedarfe für Inklusion und Integration von MigrantInnen zu decken.
3. Jede freiwerdende LehrerInnenstelle unverzüglich wiederzubesetzen.
4. Die Kapazitäten in der LehrerInnenausbildung so auszuweiten, dass zukünftige Bedarfe gedeckt werden können und SeiteneinsteigerInnen den Weg in den LehrerInnenberuf zu ermöglichen.
5. Die bedarfsgerechte Schulsozialarbeit in Absprache mit der Kommune zu ermöglichen.

Eine gute Schulbildung ist eine wesentliche Grundlage für die Entwicklung unserer Kinder und Jugendlichen. Sie ist eine wesentliche Grundlage für eine gedeihliche zukunftsfähige Entwicklung unserer Stadt, der Region, des Landes! Um dies sicherzustellen, muss die Landesregierung JETZT handeln!

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

zu 8.7 Antrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI im Stadtrat Halle (Saale) und der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur Bildung eines zeitweiligen Ausschusses
Vorlage: VI/2015/01279

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt die Bildung eines zeitweiligen Ausschusses- „Ausschuss für Zuwanderung, Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten“
2. Der Ausschuss besteht aus 11 Stadträtinnen / Stadträten und 8 sachkundigen Einwohnerinnen / Einwohnern.
3. Der Ausschuss tagt regelmäßig, mindestens einmal monatlich.
Abweichend von der Geschäftsordnung des Stadtrates soll dieser Ausschuss auch ohne Beschlussvorlagen oder Anträge tagen. Er soll vor allem dem Austausch sowie der Koordinierung der kommunalen Entscheidungsträger im Umgang mit der Flüchtlingssituation dienen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.8 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur
Einrichtung eines Gremiums zur Flüchtlingssituation
Vorlage: VI/2015/01278**

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, bis November 2015 ein informelles Gremium zur aktuellen Flüchtlingssituation einzurichten und zeitnah einzuberufen.
2. Dieses Gremium soll sich am Konzept eines „Runden Tisches“ orientieren. Ihm sollen alle relevanten Akteure aus der Kommunalverwaltung, den städtischen Beteiligungen, der Kommunalpolitik, der organisierten Zivilgesellschaft sowie aus weiteren relevanten Bereichen angehören.
3. Das Gremium soll regelmäßig tagen und dem Austausch sowie der Koordinierung der Stadtgesellschaft im Umgang mit der Flüchtlingssituation dienen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

zu 8.9 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zum kommunalen Arbeitsmarktmanagement Vorlage: VI/2015/01285

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Wissenschafts- und Wirtschaftsförderung sowie Beschäftigung

Beschlussvorschlag:

1. Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, schnellstmöglich Leitlinien für ein kommunales Arbeitsmarktmanagement zu erstellen.
2. Die erstellten Leitlinien für das kommunale Arbeitsmarktmanagement dienen als Grundlage für:
 - künftige Fördermittelbeantragungen der Stadt auf dem Feld der Ausbildungs- und Beschäftigungsförderung
 - die Vertretung der Stadt im Regionalen Arbeitskreis zur Umsetzung des „Operationellen Programms des Europäischen Sozialfonds (ESF) Sachsen-Anhalts“
 - und die Positionierung der Stadt zum Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm des Jobcenters Halle
3. Die Leitlinien sind regelmäßig durch den Geschäftsbereich IV zu evaluieren. Änderungen sind dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.10 Antrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) sowie der Fraktion DIE LINKE/Die PARTEI zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2015/01299**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

§9

Beigeordnete

§ 9 (3) der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) wird wie folgt geändert:

1. Die Beigeordneten nehmen an den Ausschusssitzungen teil, wenn ihre Zuständigkeit gegeben ist.
2. Kann ein Beigeordneter (ggf. der Oberbürgermeister) nicht an einer Ausschusssitzung teilnehmen, bei der seine Zuständigkeit gegeben ist, hat er dem Ausschussvorsitzenden sein Fehlen und die hierfür vorliegende Begründung anzuzeigen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.11 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM zur Vergabe eines Namens für den Campusplatz des Geisteswissenschaftlichen Zentrums
Vorlage: VI/2015/01098**

Abstimmungsergebnis: zurückgezogen

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung,

1. die Voraussetzungen für die Vergabe eines eigenständigen Namens des Straßenplatzes auf dem Campus hinsichtlich des 2015 zu eröffnenden Geisteswissenschaftlichen Zentrums zu prüfen (eindeutige Zuordnung für Postanschrift) und ggf.
2. einen Namensvorschlag für den künftigen Platz unter Einbeziehung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg abzustimmen und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

zu 8.12 **Antrag der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE Fraktion, CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) zur Grundschule Heide**
Vorlage: VI/2015/01302

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Bildungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, an der Grundschule Heide folgende Maßnahmen durchzuführen bzw. zu prüfen:

- 1) Fenster, die nicht ausgetauscht werden können, werden optisch aufgewertet (z. B. durch Streichen).
- 2) **Die Außentreppengeländer werden neu angestrichen.**
- 3) Der auf dem Schulhof befindliche Sandkasten wird mit neuem Sand befüllt.
- 4) **Die defekten Streusandbehälter werden ausgetauscht.**
- 5) Auf dem Schulhof werden ausreichend Sitzgelegenheiten für die SchülerInnen bereitgestellt. **Ferner ist die Errichtung einer Spielfläche samt Spielgerät eingehend zu prüfen.**
- 6) Die Grünanlagen auf dem gesamten Schulgelände werden regelmäßig gepflegt.
- 7) Die Gefahrenstellen auf dem Schulhof werden in Abstimmung mit der Schulleitung schnellstmöglich beseitigt.
- 8) **Die Flächen um die auf dem Schulhof befindlichen Bäume werden entsiegelt und anschließend mit Muttererde aufgefüllt.**

- 9) Weiterhin ist zu prüfen, ob der nicht genutzte Gebäudeteil durch entsprechende finanzielle Förderinstrumente abgerissen werden kann, insofern dieser grundsätzlich nicht mehr benötigt wird.
- 10) Zudem wird geprüft, ob der genutzte Gebäudeteil in Zusammenarbeit mit weiteren AkteurInnen ein attraktiveres Äußeres erhalten kann (z. B. im Zusammenwirken mit AkteurInnen der Freiraumgalerie in Halle-Freimfelde).

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.13 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zur Aufhebung des Gestaltungsbeschlusses zum Ausbau des Böllberger Weg Nord, 2.BA (Vorlage: V/2012/11289)
Vorlage: VI/2015/01301**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag des Oberbürgermeisters
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Der Beschluss des Stadtrates vom 27.11.2013, Vorlagennummer V/2012/11289 (Gestaltungsbeschluss zum Ausbau Böllberger Weg Nord, 2. BA) wird hinsichtlich des Bauabschnitts „2.1 Nordabschnitt“ (VI/2014/00108) aufgehoben.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, für den „BA 2.1 Nordabschnitt“ eine neue Vorplanung, die den Erhalt des denkmalgeschützten Gebäudes Böllberger Weg 188 berücksichtigt, in Abstimmung mit dem Fördermittelgeber des Stadtbahnprogramms zu erarbeiten und dem Stadtrat vorzulegen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.14 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01303**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat beschließt, dass im Flächennutzungsplan der Stadt Halle (Saale) die vorhandene Grünfläche am Rathenauplatz (zwischen Robert-Blum-Straße und Willy-Lohmann-Straße), die durch den Spielplatz begründet wird, dauerhaft gesichert wird.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, das Procedere zur Änderung des Flächennutzungsplans einzuleiten und die betreffende Fläche für Sport- und Spielanlagen (grün) mit dem speziellen Symbol Spielanlagen entsprechend der Planzeichenverordnung für Bauleitplanungen (Plan-ZV) zu kennzeichnen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

zu 8.14.1 **Änderungsantrag zum Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM zur Festlegung einer Spielplatzfläche am Rathenauplatz im Flächennutzungsplan
Vorlage: VI/2015/01335**

Abstimmungsergebnis:

verwiesen

durch Geschäftsordnungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
in den
Ausschuss für Planungsangelegenheiten

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beauftragt die Stadtverwaltung, die Darstellung des Spielplatzes am Rathenauplatz zwischen Robert-Blum-Straße und Willy-Lohmann-Straße als Grünfläche mit der Zweckbestimmung Spielanlagen (Spielplatz) im Zuge der ab 2016 geplanten Neuaufstellung des Flächennutzungsplans zu prüfen.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.15 Dringlichkeitsantrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) und der CDU/FDP-Fraktion Halle (Saale) zum Haushalt 2016 - VI/2015/01200
Vorlage: VI/2015/01348**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, bis zur 2. Lesung des Haushaltes im Fachausschuss Bildung am 03.11.2015, die Vorlage „Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2016 sowie den Beteiligungsbericht über das Jahr 2014“ - VI/2015/01200 wie folgt zu ergänzen, vorzulegen und die aufgeführten Ratsbeschlüsse umzusetzen.

1. Vorlage der PLAN/IST Haushaltszahlen in Form einer Excel-Tabelle, inkl. aller Leistungsebenen - Stand 30.09.2015
2. Darstellung (mit Kommentar) von Strukturänderungen im gesamten Haushaltsplan im Vergleich zum Vorjahr
3. Umsetzung des Beschlusses, den einzelnen Haushaltsprodukten im Inhaltsverzeichnis Seitenzahlen zuzuordnen (VI/2014/00266)

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer

A u s z u g

aus der Niederschrift der 14. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates vom 28.10.2015:

**zu 8.16 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung eines Nutzungskonzepts für das Künstlerhaus 188
Vorlage: VI/2014/00445**

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit interessierten Nutzerinnen und Nutzern ein tragfähiges Nutzungskonzept für die Räumlichkeiten des Künstlerhaus 188 zu erarbeiten. Das Konzept ist dem Stadtrat spätestens im IV. Quartal 2015 zur Beschlussfassung vorzulegen. Die finanziellen Auswirkungen des Konzeptes sind zusammen mit dem Haushaltsplanentwurf 2016 zu beraten.

F.d.R.

Maik Stehle
Protokollführer